

7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: Güterschuppen Aurich (beim Gymnasium Ulricianum), Von-Jhering-Str. 15, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 30.05.2013	Sitzungsbeginn: 15:11 Uhr	Sitzungsende: 16:32 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	Vertretung für Frau Monika Streblau
Behrends, Kuno	SPD	
Bruns, Christof		
Carow, Johanne	FW	
Frerichs, Theo	CDU	
Hasbach, Bernd	SPD	Vertretung für Herrn Sascha Pickel
Hülsebus, Dieter		
Lüppen, Christel	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Molitor, Tim		
Odens, Roelf	CDU	
Pansegrau, Ute		
Rinschede, Klaus		
Roß, Helmut	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE	
Beratende Mitglieder		
Focken, Ewald		Vertreter des Jobcenters Vertretung für Herrn Christian Ewen
Grensemann, Monika		Erzieherin aus dem Kita-Bereich
Hohensee, Maren		Richterin des Jugendgerichts

Homann, Jürgen	Kreisjugendpfleger
Imhoff, Karin	Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich
Kluin, Dietmar	Kinderschutz
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Rewerts, Silke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich Vertretung für Frau Frauke Jelden
Wunsch, Jutta	Leiterin des Fachamtes
Verwaltung	
Buss, Thomas	Protokollführer

Nicht anwesend:**Vorsitz**

Pickel, Sascha	SPD
----------------	-----

Mitglieder

Biller, Anita	SPD
---------------	-----

Eiben, Florian	
----------------	--

Eilers, Stefan	Vertretung für Herrn Florian Eiben
----------------	------------------------------------

Streblau, Monika	GRÜNE
------------------	-------

Beratende Mitglieder

Ewen, Christian	Vertreter des Jobcenters
-----------------	--------------------------

Grensemann, Klaas	Vertreter der ev. Kirche
-------------------	--------------------------

Hillen, Anette	Lehrkraft, die von der unteren Schul- behörde ernannt wird
----------------	---

Holle, Stefanie	Vertreterin der kath. Kirche
-----------------	------------------------------

Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich
----------------	--

Störiko, Andrea Dr.	Jugendärztlicher Dienst des Gesund- heitsamtes
---------------------	---

Tobiassen, Bernd	Interessenvertreter ausländische Kinder u. Jugendliche
------------------	---

Tagesordnung

- | | |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.02.2013 |
| 4. | Reform des Vormundschaftsrecht - Rückschau und Ausblick |
| 5. | Vorstellung des Projektes "Medienkoordinatoren für außerschulische Bil-
dungsangebote" |



- | | |
|----|--|
| 6. | Vorstellung des Modellprojektes "Elterntalk" - niedrigschwellige Elternarbeit zur Förderung der Medienkompetenz |
| 7. | Beschlussfassung über die Vorschlagslisten zur Wahl der Jugendschöffen für die Jahre 2014 bis 2018
Vorlage: VIII/2013/084 |
| 8. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 9. | Schließung der Sitzung |
-

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende eröffnete um 15.11 Uhr die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und hieß alle Anwesenden willkommen.

Unter Bezugnahme auf Punkt 3 der Tagesordnung wies **EKR Dr. Puchert** darauf hin, dass die letzte Sitzung des Gremiums auch einen nichtöffentlichen Teil umfasste. Da diesbezüglich weitergehender Klärungsbedarf bestehe, werde sich das Gremium demnächst Sitzung nochmals mit dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 14.02.2013 befassen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende stellte feste, dass die Mitglieder des Gremiums ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.02.2013

Der Jugendhilfeausschuss beschloss bei 5 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.02.2013 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 5
⇒ einstimmig beschlossen

TOP 4 Reform des Vormundschaftsrecht – Rückschau und Ausblick

EKR Dr. Puchert wies auf die Anlässe und Änderungen im Rahmen des vor Jahresfrist umgesetzten neuen Vormundschaftsrechts hin. **SOI Dehne** stellte daraufhin anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Powerpoint-Präsentation rückblickend die personellen und organisatorischen Änderungen sowie die bislang gesammelten Erfahrungen vor.

Unter Bezugnahme auf die Frage von **Abgeordnete Albers** bestätigte **SOI Dehne**, dass das Gesetz vor der Bestellung des Vormundes eine Anhörung des Mündels vorsehe. Kinder- und Jugendliche würden in diesem Zusammenhang auch sehr deutlich ihre Wünsche äußern. Diesen könne durch die Zusammenarbeit im Team Rechnung getragen wer-



den, wobei gerade diesbezüglich die Entscheidung gegen eine Fallverteilung nach Buchstaben positive Effekte zeigen würde.

Mit Blick auf die dargestellten Fallzahlen erkundigte sich **Herr Molitor**, inwieweit mit einem weiteren Fallzahlenanstieg zu rechnen und die Einstellung zusätzlicher Vormünder geplant sei. **SOI Dehne** entgegnete, dass das Gesetz grundsätzlich der Bestellung von Einzelvormündern den Vorrang einräume. Aufgrund der meist schwierigen Lebens- und Herkunftsgeschichten seien geeignete Einzelvormünder jedoch nur schwer zu finden. In der Folge würden seitens der Familiengerichte in der Regel die Jugendämter zum Vormund bestellt (derzeit ca. 85 % der Vormundschaften in der Bundesrepublik Deutschland).

Unter Verweis auf die gesetzlich festgesetzte Limitierung von maximal 50 Fällen je Vormund erläuterte **EKR Dr. Puchert**, dass bei derzeit 311 zu betreuenden Mündeln und 6 Mitarbeitern eine leichte Fallzahlüberschreitung gegeben sei. Im Hinblick auf weitergehende Empfehlungen, sich wegen Ausfallzeiten und Vertretungssituationen an einer tatsächlichen Fallzahl von 42–45 Mündeln zu orientieren, befände man sich derzeit intern in der Diskussion, wie mit der Fallzahlentwicklung umzugehen sei.

Dabei sei einerseits zu hinterfragen, inwieweit sich die momentan vorherrschenden Fallzahlen verstetigen. Um Arbeitsspitzen abzufangen sie andererseits, auch unter dem Aspekt des Stellenplanes, möglicherweise auch ein dynamisches Vertretungsmodell in Erwägung zu ziehen. Außer Frage stehe jedoch, dass die Überschreitung der gesetzlichen Sollvorgaben nicht hinnehmbar sei und personell gelöst werden müsse. Vor diesem Hintergrund stehe das Fachamt, das Personalwesen und der Personalrat im Dialog, wie der Spagat zwischen gesetzlichen Maßgaben und wirtschaftlichen Interessen vollzogen werden kann.

Auf Nachfrage von **Abgeordneten Carow** erläuterte **SOI Dehne**, dass die Vormünder für alle Vormundschaften im Kreisgebiet zuständig seien. Aufgrund der Tatsache, dass im Landkreis Aurich viele Jugendhilfeeinrichtungen (u.a. 3 Intensivgruppen) ansässig seien, würden auch viele auswärtige Jugendämter Kinder- und Jugendliche im Landkreis Aurich unterbringen. Auch wenn weiterhin die Kostenzuständigkeit des jeweils abgebenden Jugendamtes vorliege, wechsele die Zuständigkeit für die Aufgaben der Vormundschaft unmittelbar auf das Amt für Kinder, Jugend und Familie. Angesichts der Unterbringungen auswärtiger Jugendämter sei die Fallzahlentwicklung schwer einschätzbar.

In der Interpretation der dargestellten Fallzahlen gab **Abgeordneter Meyerholz** zu bedenken, dass die gesetzliche Fallzahlgrenze überschritten und bei Krankheit bzw. Urlaub eine sachgerechte Vertretung offensichtlich nicht sicherzustellen sei. Er stellte die Frage in den Raum, ob der Landkreis Aurich nicht verpflichtet sei, eine weitere Planstelle einzurichten und zu besetzen.

EKR Dr. Puchert verwies nochmals auf die laufenden Gespräche des Fachamtes mit dem Personalwesen und unterstrich im Hinblick auf den „Soll-Charakter“ der gesetzlichen Vorschriften die Notwendigkeit einer Bewertung im Spannungsfeld zwischen Personalbewirtschaftung und der Verantwortung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie.

Abgeordneter Ferichs bat um nähere Informationen bezüglich der monatlich vorzunehmenden Besuche im persönlichen Umfeld der Mündel. Insbesondere interessiere ihn, ob diese Besuche auch unangemeldet vorgenommen würden. **SOI Dehne** stellte dar, dass die Art der Besuche sowie auch die Frequenz der Besuchskontakte vom Einzelfall abhängen. So könnten aus Gründen der Absicherung bei minderjährigen Müttern unangemeldete Besuche durchaus angezeigt sein. Ansonsten baue man auf ein hohes Maß an Kommuni-



kation und Vertrauen mit Pflegefamilien und Akteuren, um einzelfallbezogen ein passendes Besuchsetting zu definieren.

Auf Rückfrage von **Abgeordneten Albers** bestätigte **SOI Dehne**, dass Mündelkontakte immer häufiger auch über die neuen Medien realisiert würden. Neben der Kontaktaufnahme per SMS sei geplant, auch das Videokonferenzsystem „Skype“ zu nutzen.

Herr **Molitor** stellte in den Raum, ob nicht eine Einstellung von weiteren Vormündern zur Sicherstellung eines kontinuierlichen Betreuungsschlüssels im niedrigen Bereich sinnvoll wäre. **EKR Dr. Puchert** entgegnete, dass dies in der Entscheidung der Politik stehe. Man müsse sich als Landkreis ernsthaft mit der Berechnungsgrundlage befassen und den tatsächlichen Schwellenwert der Fallzahlbelastung definieren.

Abgeordneter Meyerholz machte den Vorschlag, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Fallzahlentwicklung nochmals darzustellen und eine Bewertung vorzunehmen, wie damit umzugehen sei. Er wolle sich nicht dem Vorwurf stellen müssen, von einer Fallzahlüberschreitung gewusst aber nichts unternommen zu haben. **EKR Dr. Puchert** nahm den Vorschlag auf und kündigte an, das Thema in der nächsten Ausschusssitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

TOP 5 **Vorstellung des Projektes "Medienkoordinatoren für außerschulische Bildungsangebote"**

Dipl.-Soz.-Päd. Saathoff Reents erläutert anhand der dem Protokoll beigefügten Powerpoint-Präsentation die Zielsetzungen und Aufgaben der Medienkoordination beim Amt für Kinder, Jugend und Familie des Landkreises Aurich.

TOP 6 **Vorstellung des Modellprojektes "Elterntalk" – niedrigschwellige Elternarbeit zur Förderung der Medienkompetenz**

Nach Vorstellung durch **Dipl.-Soz.-Päd. Saathoff Reents** präsentiert **Frau Farny-Carow** vom Kinderschutzbund Norden anhand des dem Protokoll beigefügten Ausdrucks das in Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie initiierte Modellprojekt „Elterntalk“. **Dipl.-Soz.-Päd. Saathoff Reents** ergänzte, dass das Land Niedersachsen sich im Wege der Refinanzierung an dem Projekt mit einem Betrag von 5.000 EUR beteilige.

TOP 7 **Beschlussfassung über die Vorschlagslisten zur Wahl der Jugendschöffen für die Jahre 2014 bis 2018**
Vorlage: VIII/2013/084

KA Buss stellte unter Bezugnahme auf die Beschlussvorlage das Verfahren zur Aufstellung der Vorschlagslisten sowie der Wahl der Jugendschöffen bei den Amtsgerichten Aurich, Norden und Emden vor.

Beschlussvorschlag:

Den Vorschlagslisten für die Wahl zur Wahl der Jugendhauptschöffen und der Jugendhilfsschöffen bei den Amtsgerichten Aurich, Norden und Emden sowie der Jugendkammer beim Landkreis Aurich für die Jahre 2014 bis 2018 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Herr Molitor wies darauf hin, dass der Kreisjugendring derzeit verstärkt Vergünstigen für Inhaber eine Jugendleiterkarte akquiriere. Dabei sei es gelungen, ca. 65 Institutionen wie Tanzschulen, Kino etc. für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

TOP 9 Schließung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende schloss um 16.32 Uhr die 7. Sitzung der Jugendhilfeausschusses und wünschte allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg.

Christel Lützen
Vorsitzende/r

Thomas Buss
Protokollführer/in